

Nachhaltige Entwicklung in der Großregion "Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie"

Von Christiane Löh*

Die Forderung einer nachhaltigen Entwicklung beruht auf der Erkenntnis, dass das heutige Handeln die zukünftige Entwicklung entscheidend beeinflusst, und zugleich auch auf dem Versprechen an zukünftige Generationen, deren Entwicklungsfähigkeit durch das heutige Tun nicht einzuschränken. Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ umfasst Wirtschaft, Umwelt und soziale Aspekte gleichermaßen – Ziel einer Nachhaltigkeitsstrategie ist es, in diesen Bereichen zukunftsorientierte Handlungsfelder zu gestalten, deren Entwicklung mit Hilfe aussagekräftiger Indikatoren aufgezeigt werden kann. Die Arbeitsgruppe „Statistik“ der Großregion hat in der Studie „Nachhaltige Entwicklung in der Großregion“ eine breite Palette sozialer, ökologischer und ökonomischer Indikatoren entwickelt und analysiert, aus denen in diesem Bericht ausgewählte Indikatoren vorgestellt werden. Diese Studie orientiert sich an der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (EU-SDS (Komm: 10917/06)) und dem von Eurostat (2009) veröffentlichten Monitoringreport zur nachhaltigen Entwicklung.

Nachhaltige Entwicklung

„Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass den **Bedürfnissen der heutigen Generation** dergestalt Rechnung getragen werden sollte, dass die **Fähigkeit künftiger Generationen**, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht gefährdet wird“ (Europäische Kommission, 2006 (KOM 10917/06) S. 1).

Der aus der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie übernommene Drei-Säulen-Ansatz „Wirtschaftlicher Wohlstand – Umweltschutz – Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt“ erlaubt eine differenzierte Beschreibung der Abhängigkeiten des heutigen und zukünftigen Wohlergehens von den wirtschaftlichen Aktivitäten und den ökologischen Rahmenbedingungen.

* Christiane Löh ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Projekt "Analyse neuer harmonisierter statistischer Indikatoren für die Großregion: Ein thematischer Ansatz" im Rahmen des Programms INTERREG IV A "GROSSREGION", das von der Arbeitsgruppe der Statistischen Ämter in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie bearbeitet wird.

! Die Großregion „Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie“

Die Großregion umfasst ein Gebiet von 65 400 km² mit über elf Millionen Einwohnern in einem industriell, aber auch ländlich geprägten Raum. Hier treffen verschiedene Kulturen und drei Landessprachen aufeinander. Die Großregion ist zugleich der europaweit größte grenzüberschreitende Arbeitsmarkt.

Die Schnittmengen zwischen Sprachräumen, nationalen Identitäten und wirtschaftlicher Attraktivität machen die Dynamik der Großregion aus. Ungeachtet dessen existiert eine starke Verbundenheit mit der Herkunftsregion, was sich in den beruflich bedingten und stark ausgeprägten Grenzgängerströmen niederschlägt. Auf der anderen Seite ist aber auch, gerade durch die Abhängigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, eine Vermischung von Sprachen und Kulturen festzustellen.

Die Großregion besteht aus den deutschen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland, der belgischen Region Wallonien (mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens), der französischen Region Lothringen sowie – im Zentrum gelegen – dem Großherzogtum Luxemburg. Der in jüngster Vergangenheit vollzogene Strukturwandel, d. h. die fundamentalen Veränderungen in der Industriestruktur, insbesondere in den Bergbaurevieren und der Stahlindustrie, ist ein gemeinsames Merkmal dieses Grenzraums.

Auf Basis der Studie „Nachhaltige Entwicklung in der Großregion“, die insgesamt 30 Indikatoren betrachtet, werden im Folgenden zu jedem der drei Hauptziele jeweils zwei Indikatoren vorgestellt:

Hauptziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung: Wirtschaftlicher Wohlstand

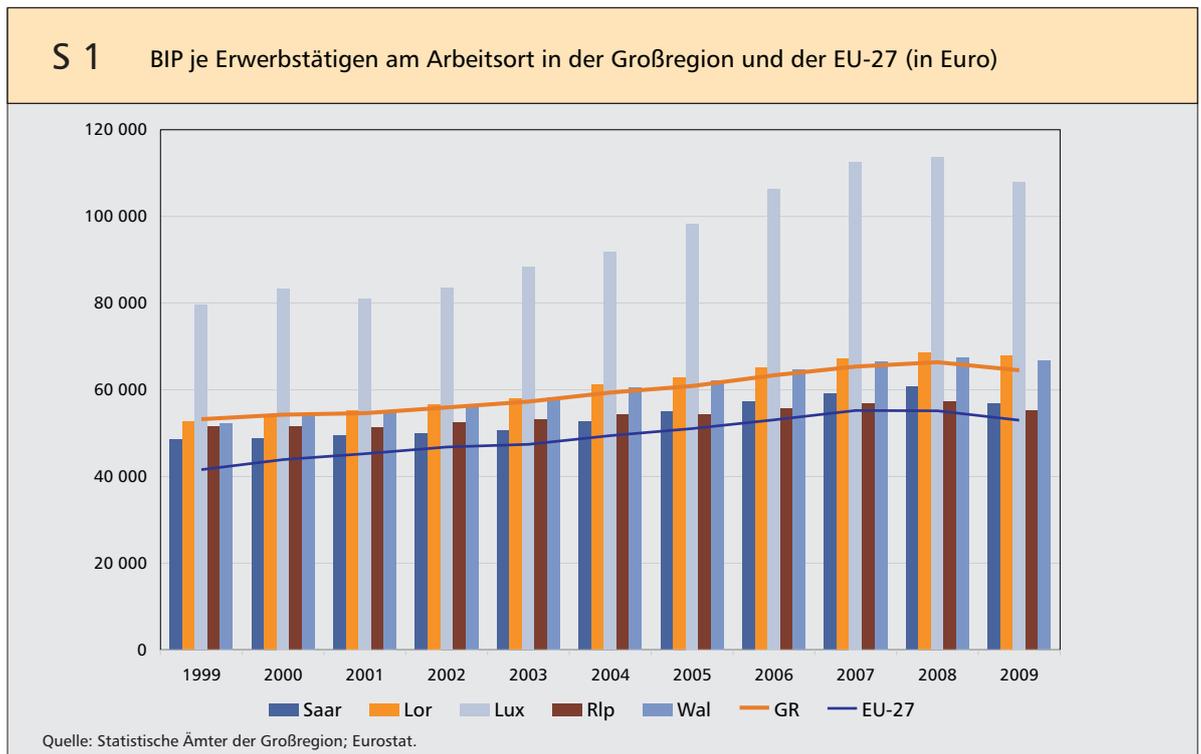
Die Wirtschaft ist ein wichtiges Element einer erfolgreichen Gesellschaft. Unter Wohlfahrtsgesichtspunkten ist eine steigende Wirtschaftsleistung erstrebenswert, da Wirtschaftswachstum Strukturwandel ermöglicht, Arbeitsplätze sichert und die Sozialsysteme (insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels) stabilisieren kann. Andererseits geht eine steigende Wirtschaftsleistung tendenziell mit Umweltbelastungen und mit einem steigenden Verbrauch natürlicher Ressourcen einher. Nachhaltiges Wirtschaften steht im Kontext

zu den sozialen Zielsetzungen und den Zielen des Umweltschutzes.

Indikator: Bruttoinlandsprodukt

Als zentrale Größe der Wirtschaftsstatistiken ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in einer Betrachtung der nachhaltigen Entwicklung unverzichtbar: Das BIP ist der wertmäßige Maßstab der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es gilt als wichtigster Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft, wurde jedoch nicht als allgemeines Wohlfahrtsmaß konzipiert.

Die Betrachtung des BIP je Erwerbstätigen nach dem Arbeitsortkonzept bietet die Möglichkeit, die Wirtschaftsleistung einer Region nach den dort eingesetzten Arbeitskräften zu beurteilen. Damit werden zugleich die unterschiedlich starken Grenzgängerströme zwischen den einzelnen Regionen berücksichtigt.



Bei dem Indikator „BIP je Erwerbstätigen“ steht Luxemburg unter den fünf Teilregionen an erster Stelle: Im Jahr 2009 lag hier die Arbeitsproduktivität bei 108 000 Euro. In den übrigen Teilgebieten erreichte diese Kennzahl Werte zwischen 55 300 Euro in Rheinland-Pfalz und 68 000 Euro in Lothringen. In der Großregion insgesamt lag der Indikator 2009 bei 64 500 Euro. Neben Rheinland-Pfalz liegt auch das Saarland mit 57 000 Euro unter dem Durchschnitt der Großregion; demgegenüber verzeichneten Lothringen und Wallonien mit 68 000 bzw. 66 700 Euro eine höhere Arbeitsproduktivität.

Auffallend ist, dass das BIP je Erwerbstätigen sowohl im Saarland als auch in Rheinland-Pfalz durchgängig seit 1999 – teilweise weit – unter dem Durchschnitt der Großregion liegt. Im Jahr 1999 betrug der Rückstand des Saarlandes 4 700 und der von Rheinland-Pfalz 1 600 Euro. Sechs Jahre später haben sich die Verhältnisse geändert: Rheinland-Pfalz liegt nun um 6 600

Euro und das Saarland um 5 800 Euro unter dem Schnitt der Großregion; bis 2009 hat sich der Abstand noch vergrößert (Rheinland-Pfalz: 9 200 Euro; Saarland: 7 600 Euro). Bezeichnend für Rheinland-Pfalz ist, dass bei der Arbeitsproduktivität der Rückstand gegenüber der Großregion zunimmt. Die übrigen Teilregionen registrierten – mit Ausnahme von Lothringen im Jahr 2000 und Wallonien in den Jahren 1999 bis 2000 – durchgängig Arbeitsproduktivitäten, die über dem Durchschnitt der Großregion lagen.

Indikator: Erwerbstätigenquote

Die Folgen des demografischen Wandels, weniger Beitragszahler, mehr Rentner und eine höhere Lebenserwartung, werden künftig zu einer stärkeren Belastung der sozialen Sicherungssysteme führen. Dies macht es erforderlich, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, d. h. den Anteil der Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, zu erhöhen. Da-

bei steht nicht nur die generelle Erhöhung der Erwerbstätigenquote, sondern auch eine stärkere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen im Mittelpunkt der Bemühungen.

Die Erwerbstätigenquote ist ein wesentlicher Strukturindikator der so genannten „Lissabon-Strategie“: So wurde im Jahr 2000 vom Europäischen Rat in Lissabon auf EU-Ebene das langfristige Ziel vereinbart, bis zum Jahr 2010 die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf 70 und die der Frauen auf 60 Prozent zu erhöhen.

Die Erwerbstätigenquote bezeichnet den prozentualen Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe. Da die Erwerbstätigen nach diesem Konzept am Wohnort gezählt werden, bleiben die grenzüberschreitenden Pendlerströme außer Betracht.

Insgesamt zählt die Großregion rund 4,9 Millionen Erwerbstätige, wobei mehr Männer (55 %) als Frauen (45 %) im Erwerbsleben stehen¹⁾.

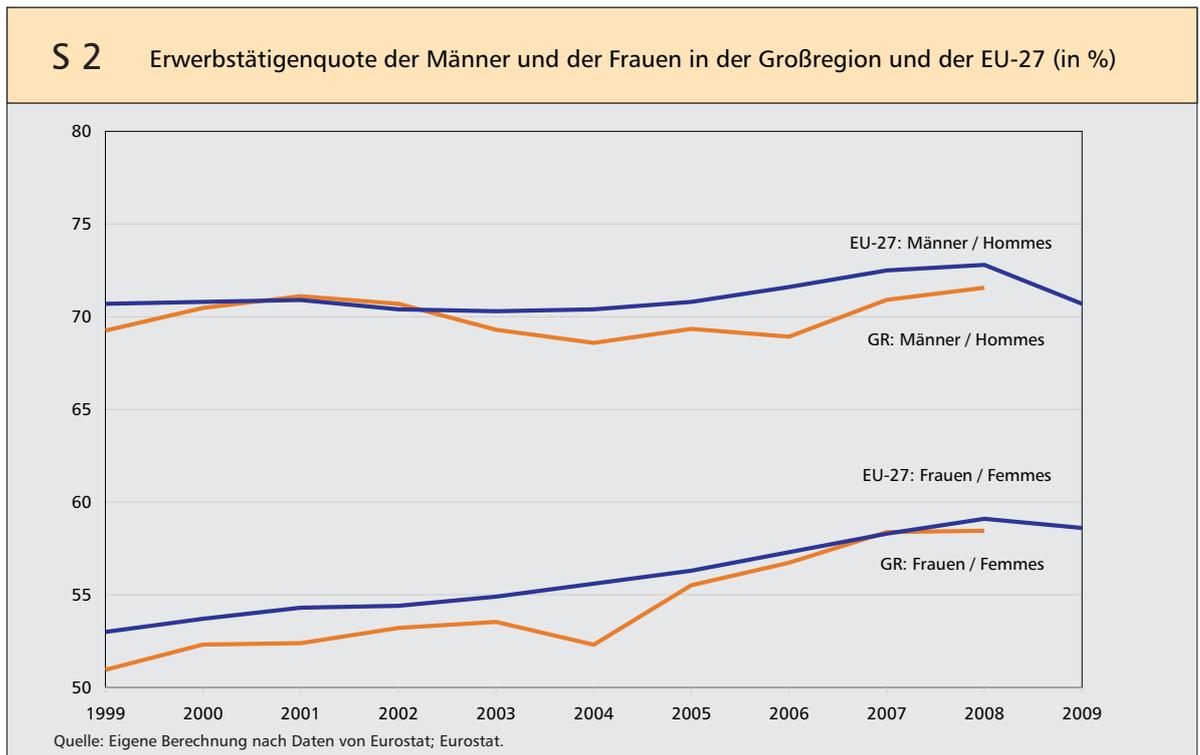
In der Großregion erreichte die Erwerbstätigenquote einen Wert von 65 Prozent; sie lag damit um 4,8 Prozentpunkte über dem Wert von 1999. Die durchschnittliche Erwerbstätigenquote der Männer lag bei 71,6 Prozent, die der Frauen bei 58,5 Prozent. Gegenüber 1999 ist sie damit um 2,3 bzw. 7,6 Prozentpunkte gestiegen. Die angestrebte Zielvorgabe der Lissabon-Strategie, bis zum Jahr 2010 die Erwerbstätigenquote insgesamt auf 70 Prozent und die der Frauen auf 60 Prozent zu erhöhen, wurde damit in der Großregion bislang nicht erreicht.

Die Erwerbstätigenquoten sind gegenüber 1999 in allen Teilgebieten gestiegen. In Rheinland-Pfalz war der Zuwachs mit 7,1 Prozentpunkten am höchsten, gefolgt vom Saarland mit 7,0 Prozentpunkten. Den

¹⁾ Die Zahl der Erwerbstätigen (am Wohnort) für die Jahre 2008 und 2009 lag für Lothringen zum Redaktionsschluss nicht vor, daher wird für die Großregion das Jahr 2007 als Vergleichsgröße herangezogen.

T1 Erwerbstätigenquote (15-64 Jahre) in der Großregion und der EU-27 (in %)												
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Saar		60,9	61,0	61,6	61,9	60,6	61,9	62,6	64,2	66,3	67,9	:
Lor		58,5	61,3	62,7	63,2	60,7	59,5	62,8	61,1	64,0	63,4	:
Lux	60,5	61,7	62,7	63,1	63,4	62,2	62,5	63,6	63,6	64,2	63,4	65,2
Rlp		65,0	66,0	66,4	67,0	66,8	64,9	67,4	69,1	71,3	72,1	:
Wal		54,8	56,0	55,4	54,9	55,4	55,0	56,1	56,1	57,0	57,2	:
DE	63,9	65,2	65,6	65,8	65,4	65,0	65,0	66,0	67,5	69,4	70,7	70,9
FR	60,2	60,9	62,1	62,8	63,0	64,0	63,8	63,7	63,7	64,3	64,9	64,1
BE	57,4	59,3	60,5	59,9	59,9	59,6	60,3	61,1	61,0	62,0	62,4	61,6
EU-27	61,2	61,8	62,2	62,6	62,4	62,6	63,0	63,5	64,5	65,4	65,9	64,6
GR		60,2	61,5	61,8	62,0	61,4	60,5	62,5	62,9	64,7	65,0	:

(b) Reihenunterbrechung.



niedrigsten Anstieg verzeichnete das Großherzogtum Luxemburg mit 1,7 Prozentpunkten. Von den fünf Teilregionen erfüllte 2008 nur Rheinland-Pfalz mit 72,1 Prozent das allgemeine Erwerbsquotenziel. In unmittelbarer Nähe lag noch das Saarland mit einer Quote von 67,9 Prozent. In Wallonien war die allgemeine Erwerbstätigenquote mit 57,2 Prozent am niedrigsten. Bei den Frauen erreichten sowohl Rheinland-Pfalz als auch das Saarland mit 65,8 bzw. 61,4 Prozent das für 2010 angestrebte Ziel. In den übrigen Teilregionen bewegte sich die Frauenquote zwischen 57,3 Prozent (Lothringen) und 50,4 Prozent (Wallonien).

Im Vergleich zu den 27 Staaten der Europäischen Union (EU-27) lag in der Großregion der Anteil der Männer an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Schnitt (1999 bis 2008) um 1,1 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert der EU-27. Bei den Frauen war der entsprechende Abstand zwischen der Großregion und der EU-27 etwas höher; er betrug 1,3 Prozentpunkte.

Hauptziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung: Umweltschutz

Gemäß der EU-Nachhaltigkeitsstrategie wird Umweltschutz wie folgt beschrieben: „Bewahrung der Fähigkeit der Erde, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen; Achtung der Grenzen ihrer natürlichen Ressourcen und Gewährleistung eines hohen Maßes an Umweltschutz und an Verbesserung der Umweltqualität; Vermeidung und Verringerung der Umweltverschmutzung sowie Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster, um Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen voneinander zu entkoppeln.“ (EU-SDS, 2006, S.3)

In methodischer Hinsicht muss angemerkt werden, dass die statistische Darstellung von Umweltaspekten in den hier untersuchten Regionen (bzw. Staaten) uneinheitlich ist. Im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sind vielerlei Indikatoren in den europäischen Staaten auf nationaler

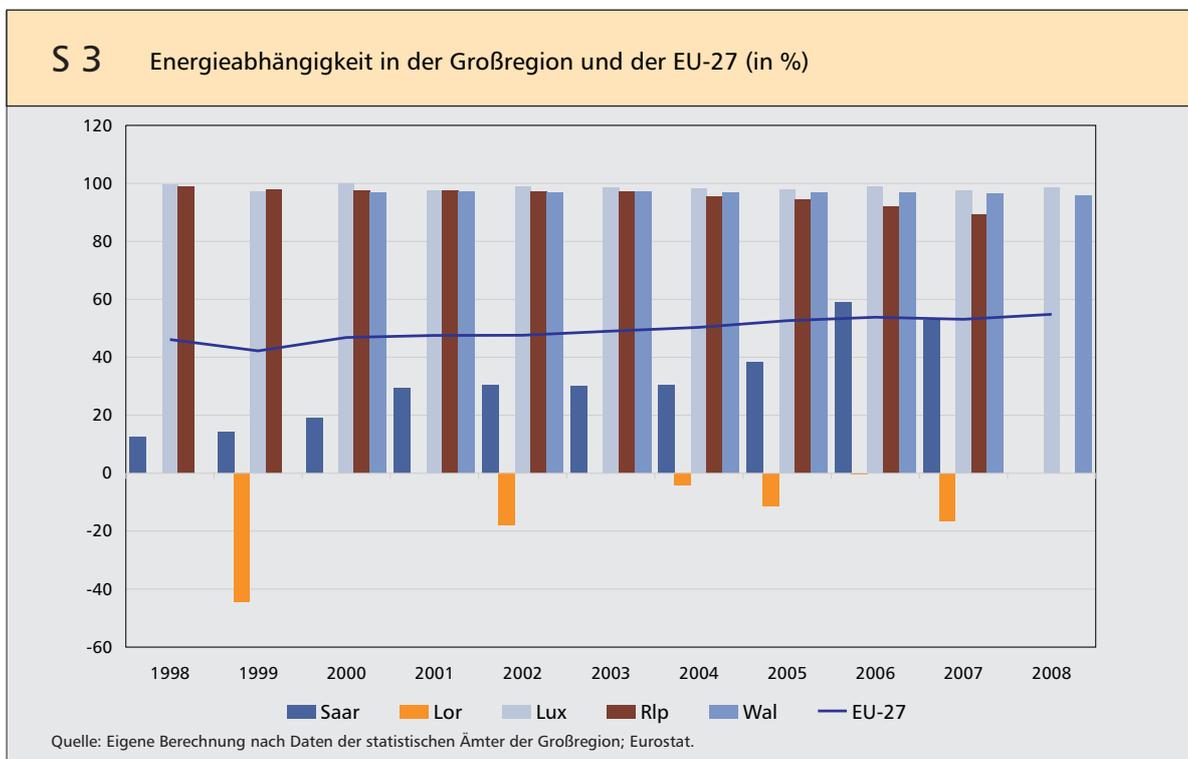
Ebene ausgearbeitet worden und liegen demnach für Luxemburg vor. Für Rheinland-Pfalz und das Saarland liegen die Ergebnisse aus den „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ (www.ugrdl.de) vor, die für Deutschland sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene ein umfangreiches Kompendium statistischer Indikatoren darstellen. Sie umfassen u. a. Aspekte der Umweltproduktivität, der Material- und Energieflüsse, der Flächennutzung, der Umweltschutzmaßnahmen sowie des Verkehrs und der Umwelt. Eine ebenfalls sehr umfangreiche Zusammenstellung verschiedener Indikatoren zur Umweltproblematik liegt für Wallonien vor (<http://etat.environnement.wallonie.be/>)

Indikator: Energieabhängigkeit

„Die Energiepolitik sollte mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit in Einklang stehen.“ (EU-SDS, 2006, S. 8)

Energieabhängigkeit ist in Europa angesichts des Umstandes, dass hier ein Großteil der Energie aus fossilen Brennstoffen erzeugt wird, ein zentrales Thema: In der EU werden – bedingt durch die abnehmende Förderung bzw. Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern wie Steinkohle, Erdöl und Erdgas – inzwischen 50 Prozent des EU-Gesamtenergieverbrauchs aus Importen gedeckt. Bei gleichzeitiger Zunahme des Energieverbrauchs wird die Abhängigkeit von den Ländern, die diese Rohstoffe liefern können, immer stärker, so dass für die Zukunft die Gefahr einer Energieversorgungs-lücke droht (KOM(2007) 1 endgültig).

Die Energieabhängigkeit wird berechnet als Quotient aus Nettoimport (Import abzüglich Export) und der Summe des Bruttoinlandsenergieverbrauchs (= Primärenergieverbrauch einschließlich Lagerhaltung). Angaben zu Nettoimporten werden in der Energiebilanz von Lothringen nicht ausgewiesen, so dass in dieser Region der Indikator abweichend von der üblichen Vorge-



hensweise ermittelt wird: Hier beschreiben negative Indikatorenwerte den Überschuss der aus Primärerzeugung stammenden Energie (in %) am energetischen Endverbrauch. Auch führen diese fehlenden Angaben dazu, dass kein Wert für die Großregion insgesamt berechnet werden kann.

In allen Teilen der Großregion – mit Ausnahme von Lothringen – ist die Energieabhängigkeit hoch, d. h. ein Großteil der benötigten Energie stammt nicht aus der Region selbst. Dies gilt vor allem für das Großherzogtum Luxemburg und für Wallonien, die im Jahr 2008 einen Abhängigkeitsgrad von 98,6 bzw. 96 Prozent verzeichneten, wobei sich die Entwicklung in diesen beiden Gebieten seit 1998 auf nahezu konstantem Niveau eingependelt hat. Rheinland-Pfalz steht ebenfalls in einem starken Abhängigkeitsverhältnis: Im Jahr 1998 lag der Abhängigkeitsgrad noch bei 98,8 Prozent, konnte aber bis 2007 um fast zehn Prozentpunkte auf 89,2 Prozent gesenkt werden.

Im Saarland war die Energieabhängigkeit bis Ende der 1990er-Jahre zunächst noch gering, da in dieser Zeit der Energiebedarf noch in starkem Maße aus der Eigenförderung von Steinkohle gedeckt wurde. Aufgrund der politischen Entscheidung, den Kohlenbergbau auslaufen zu lassen, ist die Abhängigkeitsquote im Jahr 2006 auf fast 60 Prozent gestiegen. Bis zum Jahr 2012 soll die Kohleförderung im Saarland völlig eingestellt werden.

Eine ähnliche Entwicklung hat Lothringen bereits einige Jahre früher erfahren. In den 1980er-Jahren wurde hier allerdings durch die Inbetriebnahme eines Atomkraftwerks ein Ausgleich geschaffen.

Aufgrund der Dominanz der Atomenergie ist die Großregion insgesamt relativ energieunabhängig. Unter dem Aspekt der

Energieabhängigkeit ist jedoch zu bedenken, dass bei der Stromerzeugung Kernbrennstoffe eingesetzt werden, die nicht in Europa gefördert werden. Daraus ergibt sich ebenfalls eine Abhängigkeit und es besteht, wie auch bei fossilen Energieträgern, eine Begrenztheit der Rohstoffvorkommen. Unberücksichtigt sind in diesem Indikator auch die Probleme, die mit der Entsorgung des atomaren Abfalls verbunden sind.

Vergleichsweise hoch ist die Energieabhängigkeit auch in den untersuchten Staaten: Der Anteil für Frankreich, das fast 80 Prozent seines Strombedarfs aus Kernenergie deckt, liegt 2008 bei 51,2 Prozent und damit um 3,6 Prozentpunkte unter dem Anteil der EU-27 mit 54,8 Prozent. Demgegenüber verzeichneten Deutschland und Belgien einen deutlich höheren Abhängigkeitsgrad (60,9 % bzw. 79,5 %). Allen drei Staaten ist gemeinsam, dass sich die Energieabhängigkeit seit 1998 in etwa auf konstantem Niveau hält; in der EU-27 hingegen nahm der Abhängigkeitsgrad von 1998 bis 2008 nahezu stetig zu, und zwar um insgesamt 8,7 Prozentpunkte.

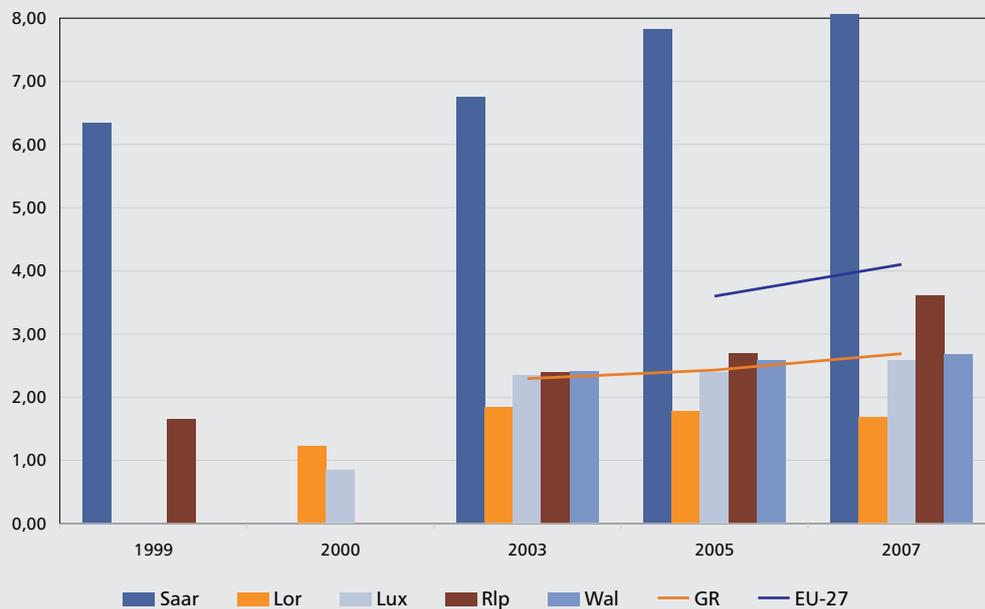
Indikator: Flächen mit ökologischer Landwirtschaft

Ökologische Landwirtschaft orientiert sich aufgrund des verbreiteten Denkens in geschlossenen Wirtschaftskreisläufen eher am Prinzip der Nachhaltigkeit als andere Produktionsbereiche konventioneller Landwirtschaft. Die Produktion qualitativ hochwertiger Grundnahrungsmittel geht aufgrund der Anbaumethoden häufig einher mit positiven Auswirkungen auf Natur und Umwelt.

Wie andere Formen landwirtschaftlicher Aktivität trägt auch der ökologische Landbau zur Gestaltung der Kulturlandschaft bei. Der weitgehende Verzicht auf synthetisch hergestellte Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel entlastet die Umwelt. In den

S 4

Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Großregion und der EU-27 (%)



Quelle: Nationale statistische Ämter, Eurostat; eigene Berechnungen nach Daten der nationalen statistischen Ämter.

letzten Jahren ist eine verstärkte Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln zu verzeichnen, die das Angebot lokaler Produzenten häufig übersteigt.

Der Indikator beschreibt den prozentualen Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt, wobei hier sowohl in der Bewirtschaftungsform vollständig um-

T2 Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (%)

	1999	2000	2003	2005	2007
Saar	6,34	:	6,75	7,82	9,36
Lor	:	1,22	1,84	1,78	1,67
Lux	:	0,84	2,34	2,40	2,58
Rlp	1,65	:	2,39	2,68	3,60
Wal	:	:	2,41	2,58	2,68
DE	2,85	3,20	4,30	4,60	5,08
FR	:	1,30	2,00	2,00	2,00
BE	:	1,50	1,70	1,70	2,40
EU-27	:	:	:	3,60	4,10
GR	:	:	2,29	2,43	2,69

gewandelte als auch in Umstellung befindliche Flächen betrachtet werden.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche hat von 1999 bis 2007 (bei unvollständiger Datenlage) in allen Regionen und Staaten zugenommen – mit Ausnahme von Frankreich, wo sich der Anteil ab 2003 nicht mehr veränderte. Der höchste Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen ist im Saarland zu verzeichnen (2007: 9,1 %), mit größerem Abstand gefolgt von Rheinland-Pfalz (2007: 3,6 %). Sowohl das Saarland als auch Deutschland insgesamt (2007: 5,1 %) liegen damit deutlich über dem Schnitt der EU-27 (2007: 4,1 %). Die Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen von Luxemburg und Wallonien entsprechen in etwa dem Anteil der Großregion (2007: 2,7 %); den niedrigsten Anteil mit 1,7 Prozent verzeichnet Lothringen.

Die Fläche, die in der Großregion im Jahr 2007 ökologisch bewirtschaftet wurde, umfasst insgesamt 75 282 Hektar und entspricht in etwa der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Saarlandes. Mehr als ein Drittel der in der Großregion ökologisch bewirtschafteten Fläche (2007) befindet sich in Rheinland-Pfalz, jeweils ein Viertel in Wallonien und Lothringen.

Hauptziel der Strategie der nachhaltigen Entwicklung: Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist sicherzustellen, dass die gegenwärtig lebenden Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne die Lebensgrundlage zukünftiger Generation zu gefährden. Die Umsetzung dieser Forderung wird in hohem Maße durch gesellschaftliche Aspekte determiniert. Auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft wird durch „soziale Faktoren“ bestimmt, beispielsweise durch die Bevölkerungsstruktur,

das Arbeitskräftepotenzial, das Bildungssystem und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

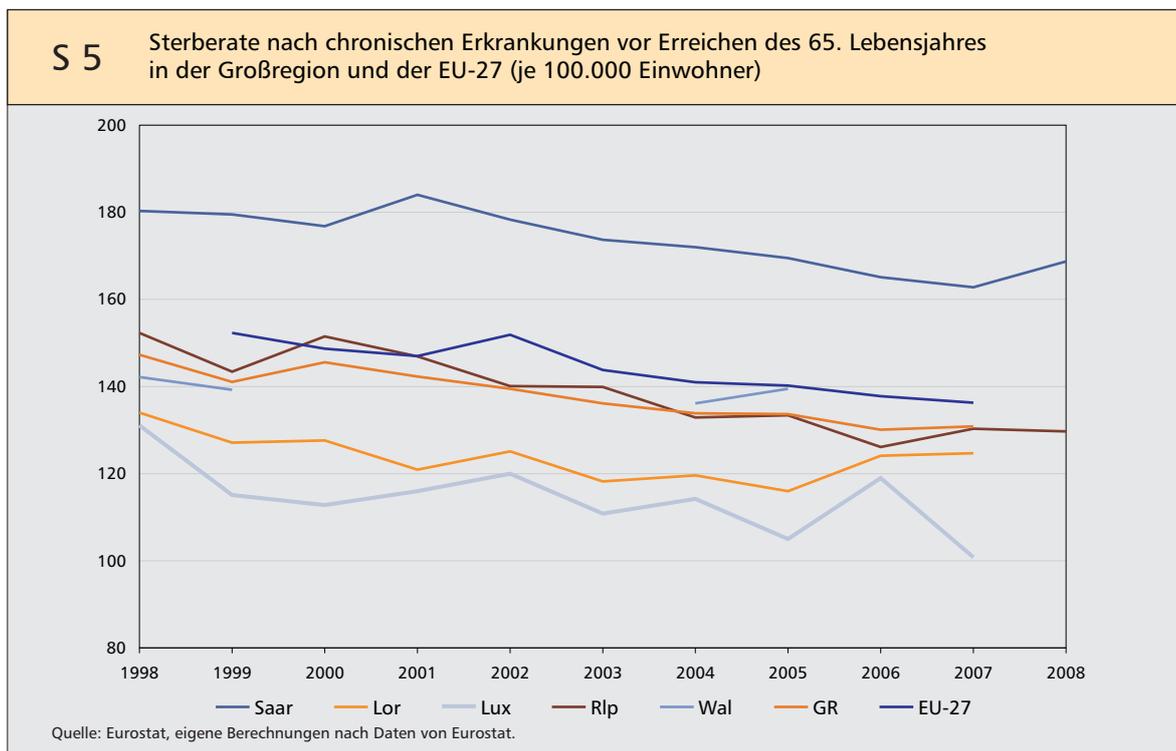
Indikator: Sterberate aufgrund chronischer Erkrankungen der unter 65-Jährigen

Ein Ziel der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ist die „Verringerung von Diskrepanzen im Gesundheitsbereich innerhalb von und zwischen Mitgliedstaaten (...)“ (EU-SDS, 2006, S. 15). Ein Großteil der Bevölkerung in Industriestaaten stirbt aufgrund chronischer Erkrankungen. Obwohl chronische Erkrankungen in der Bevölkerungsgruppe der unter 65-Jährigen weniger häufig auftreten, sind sie dennoch für etwa 60 Prozent der Sterbefälle in dieser Altersklasse ursächlich (Eurostat, 2009).

In dem entsprechenden Indikator können sich damit indirekt auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die Qualität der medizinischen Versorgung, der medizinisch-technische Fortschritt, gesundheitliche Beeinträchtigung durch den Lebensstil und Umweltbelastungen niederschlagen.

Der Indikator beschreibt die standardisierte Sterberate aufgrund bestimmter chronischer Erkrankungen vor dem 65. Lebensjahr (je 100 000 Einwohner), wobei folgende Erkrankungen einbezogen werden: Malignes Neoplasma, Diabetes mellitus, ischämische Herzerkrankungen, Schlaganfall, chronische Erkrankungen der unteren Atemwege und chronische Lebererkrankungen.

Der Indikator gibt an, wie viele Menschen vor Erreichen des 65. Lebensjahres sterben. Durch den Bezug auf die Größe „je 100 000 Einwohner“ werden die absoluten Zahlen aus der Todesursachenstatistik relativiert, um einen Vergleich zwischen den verschiedenen Regionen und Staaten herstellen zu können.



Die vorliegenden Sterberaten weisen für alle Regionen und Staaten wie auch in der EU-27 insgesamt im Zeitraum von 1999 bis 2007 eine – wenn auch unregelmäßig – abnehmende Tendenz auf: In der Großregion

(der Indikator wurde teilweise ohne Angaben zu Wallonien berechnet) hat die Sterblichkeit gegenüber 1999 um 7,2 Prozent abgenommen, in der EU-27 um 10,5 Prozent.

T3 Sterberate nach chronischen Erkrankungen vor Erreichen des 65. Lebensjahres (je 100 000 Einwohner)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Saar	180,3	179,5	176,8	184,0	178,3	173,7	172,0	169,5	165,1	162,8	168,7
Lor	134,0	127,1	127,6	120,9	125,1	118,2	119,6	116,0	124,1	124,7	
Lux	131,1	115,1	112,8	116,0	120,0	110,8	114,2	105,0	119,0	100,8	
Rlp	152,3	143,4	151,5	146,9	140,1	139,9	132,9	133,4	126,1	130,3	129,7
Wal	142,2	139,3					136,1	139,5			
DE	158,4	155,4	152,4	147,9	146,2	142,8	137,3	133,6	129,4	126,4	126,0
FR				114,8	114,6	114,2	112,0	112,2	112,7	112,2	111,8
BE	131,9	130,3					119,7				
EU-27		152,3	148,7	147,0	151,9	143,8	141,0	140,2	137,8	136,3	
GR ¹⁾	147,3	141,1	145,6	142,3	139,5	136,1	133,9	133,6	130,1	130,9	

¹⁾ Werte in Kursivschrift ohne Wallonien.

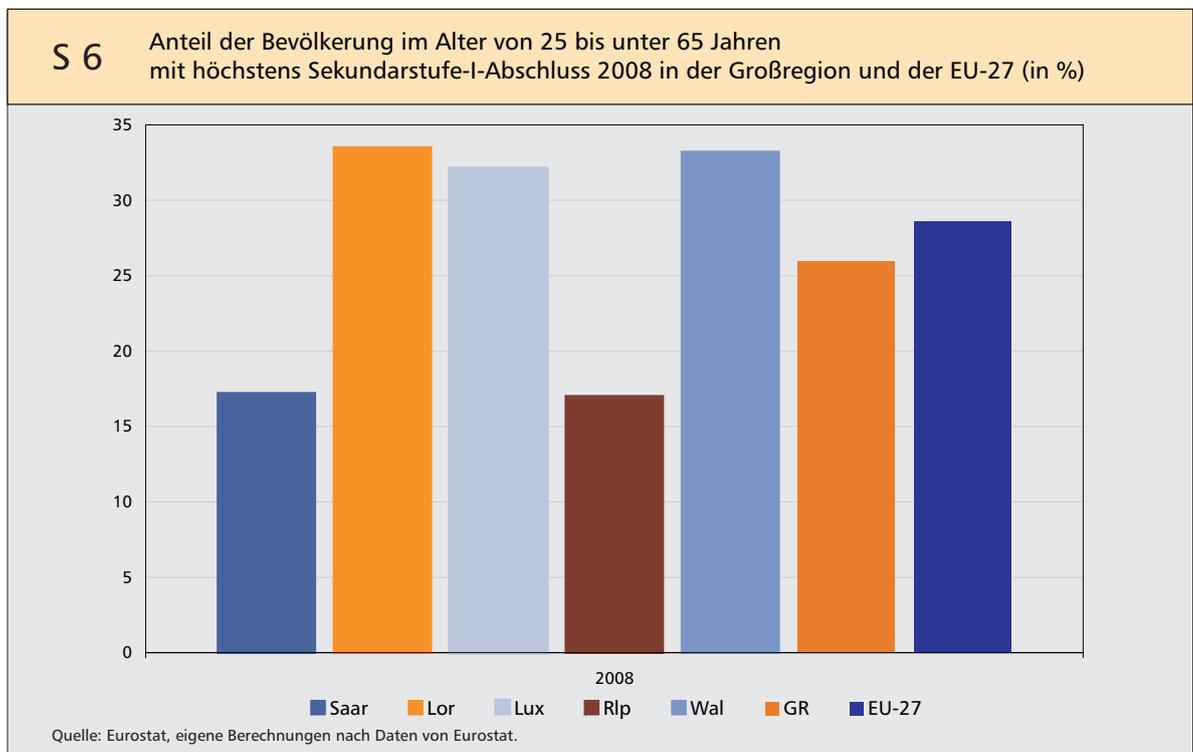
Im Jahr 2007 starben in der Großregion (ohne Wallonien) relativ weniger Menschen vor dem 65. Lebensjahr als in der EU-27 (Sterberate 130,9 bzw. 136,3). Die niedrigsten Sterberaten verzeichneten Luxemburg (100,8) und Frankreich (111,8). Demgegenüber ist das Risiko, frühzeitig an chronischen Erkrankungen zu sterben, für die unter 65-Jährigen im Saarland mit 162,8 Sterbefällen je 100 000 Einwohner überdurchschnittlich hoch. Dies ist hier insbesondere auf die Häufigkeit von Erkrankungen aufgrund maligner Neoplasmen und ischämischer Herzerkrankungen (die aber beide im Zeitablauf abnehmen) zurückzuführen. In den übrigen Regionen lagen die Raten zwischen 124,7 (Lothringen) und 130,3 (Rheinland-Pfalz) Sterbefällen je 100 000 Einwohner.

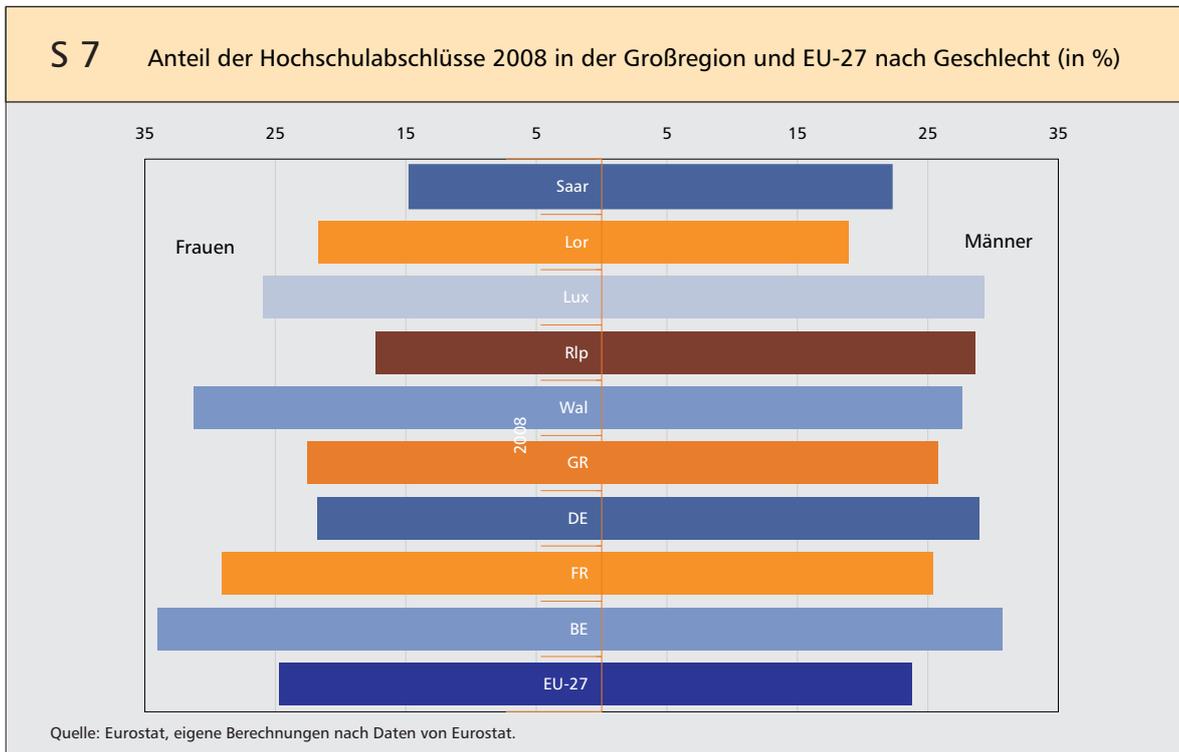
Nach den vorliegenden Daten sterben mehr Männer als Frauen an chronischen Erkrankungen vor Erreichen des 65. Lebensjahres, wobei diese Unterschiede besonders groß in Lothringen und am wenigsten ausgeprägt im Großherzogtum Luxemburg sind.

Indikator: Bildungsniveau

„Bildung ist eine Grundvoraussetzung für die Förderung von Verhaltensänderungen und dafür, dass allen Bürgerinnen und Bürgern die Schlüsselkompetenzen vermittelt werden, die für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind. Erfolge bei der Umkehr nicht nachhaltiger Trends werden in hohem Maße von einer hochwertigen Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen des Bildungssystems abhängen, einschließlich zu Fragen wie nachhaltige Nutzung von Energien und Verkehrssystemen, nachhaltige Verbrauchs- und Produktionsmuster, Gesundheit, Medienkompetenz und verantwortungsvolle globale Bürgerschaft.“ (EU-SDS, 2006, S. 22)

Der Indikator wird definiert als Prozentsatz der Bevölkerung von 25 bis unter 65 Jahren, der ein Ausbildungsniveau gemäß der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (International Standard Classification of Education, ISCED) vorweisen kann.





Darstellung des Indikators

Beim Anteil der Personen, die einen Tertiärabschluss (Hochschulniveau) erreicht haben, rangierte im Jahr 2008 Wallonien mit 29,4 Prozent an erster Stelle. Die übrigen Teilregionen verzeichneten Anteile zwischen 18,4 Prozent (Saarland) und 27,7 Prozent (Luxemburg). Von den fünf Teilgebieten lagen demnach nur zwei Regionen, nämlich Luxemburg und Wallonien, über dem Wert der Großregion insgesamt (25,3 %). Diese Quote wiederum übertraf den Wert der EU-27 leicht um 0,1 Prozentpunkte.

Bei den hier untersuchten Staaten lag Belgien – vor Luxemburg – mit einem Anteil von 32,3 Prozent auf dem ersten Platz. Frankreich erreicht 27,3 Prozent und Deutschland 25,4 Prozent.

In der Differenzierung nach Geschlecht ist festzustellen, dass im Jahr 2008 in Frankreich und Lothringen sowie in Belgien und Wallonien anteilmäßig mehr Frauen als

Männer einen Hochschulabschluss vorweisen konnten. In Deutschland insgesamt, im Saarland und in Rheinland-Pfalz sowie in Luxemburg zeigt sich ein gegenteiliges Bild: Hier ist der Anteil der Männer, die einen Tertiär-Schulabschluss erreicht haben, höher als der Anteil der Frauen mit entsprechender Qualifikation.

Die Quoten in der Großregion lagen bei 25,8 Prozent (Männer) und 22,6 Prozent (Frauen) und damit um zwei Prozentpunkte (Männer) über bzw. um 2,1 Prozentpunkte (Frauen) unter dem Wert der EU-27.

Abschließende Betrachtung

Nachhaltige Entwicklung ist ein vielschichtiges und komplexes Thema. Die indikatoren-basierte Messung und Analyse ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte zielt darauf ab, Auswirkungen menschlichen Handelns zu messen und zu bewerten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die Bemühungen zum nachhaltigen Handeln in der jüngsten Vergan-

genheit innerhalb der Großregion bereits Fortschritte erbracht haben.

Die vorgestellten Indikatoren stammen aus der Studie „Nachhaltige Entwicklung in der Großregion“. Diese beinhaltet zusätzlich viele weitere Indikatoren zu den Themen Energie, erneuerbare Energien, Verkehr und Gesundheit, Natur sowie Konsumstrukturen. Hiermit sind erstmals regional

internationale Indikatoren zur Messung der unterschiedlichen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in unserem Grenzraum vorgestellt worden. Eine Fortführung und der Ausbau weiterer Indikatoren zur wichtigen und zukunftsweisenden Messung von nachhaltiger Entwicklung in der Großregion „Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie“ wäre erstrebenswert.